

PRESSEMITTEILUNG

Zukunftsrat Hamburg | Hamburg, 16. April 2026 | Sperrfrist: Keine

Hamburgs Olympia-Referendum: Eine Entscheidung ohne ausreichende Grundlage

Der Zukunftsrat Hamburg erkennt die Potenziale einer Olympia-Bewerbung an – und empfiehlt beim bevorstehenden Referendum dennoch ein Nein. Der Grund: Zentrale Fragen zu Nachhaltigkeit, sozialer Verantwortung und demokratischer Transparenz sind bis heute unbeantwortet – und ein zentrales strukturelles Problem ist grundsätzlich nicht auflösbar.

Olympische und Paralympische Spiele können internationale Begegnung fördern, Investitionen in städtische Infrastruktur beschleunigen und sportliche Begeisterung entfachen. Der Zukunftsrat Hamburg erkennt diese Potenziale ausdrücklich an – sie sind der Grund, warum wir uns seit 2015 ernsthaft und differenziert mit der Frage auseinandersetzen, unter welchen Bedingungen eine Bewerbung verantwortbar sein könnte. Diese Stellungnahme ist keine grundsätzliche Absage an den olympischen Gedanken. Sie ist eine sachliche Analyse der Frage, ob die vorliegenden Informationen eine fundierte Entscheidung heute ermöglichen.

Auf Grundlage der heute vorliegenden Informationen empfehlen wir aus der Perspektive nachhaltiger Entwicklung beim Referendum am 31. Mai ein **Nein**.

Ein strukturelles Problem – das sich nicht wegplanen lässt

Unter den offenen Fragen gibt es eine, die sich von allen anderen grundlegend unterscheidet: die Frage nach dem CO₂-Budget.

Alle anderen Defizite der Bewerbung – fehlende Sozialkonzepte, unklare Vertragskonditionen mit dem IOC, ungeklärte Finanzrisiken – sind theoretisch lösbar. Mit ausreichend politischem Willen, Zeit und Ressourcen könnten sie beantwortet, nachgebessert oder vertraglich abgesichert werden. Das CO₂-Problem ist anderer Natur.

Die globalen Kapazitäten für qualitativ hochwertige, verifizierbare CO₂-Kompensation sind physisch begrenzt. Die Nachfrage übersteigt das verfügbare Angebot bereits heute deutlich. Jede Tonne CO₂, die für ein freiwilliges Großevent kompensiert wird, steht für lebensnotwendige Bereiche – Wohnraumheizung, Grundstoffproduktion, medizinische Versorgung – nicht mehr zur Verfügung. Das Hamburgische Klimaschutzgesetz, durch den Zukunftsentscheid 2025 rechtlich gestärkt, schreibt verbindliche jährliche Emissionsobergrenzen vor und priorisiert ausdrücklich tatsächliche Emissionsminderungen gegenüber Kompensation. Eine beliebige Kompensation olympiabedingter Emissionen ist damit rechtlich gar nicht vorgesehen.

Diese Grenze lässt sich nicht mit besserem Willen, ambitionierteren Versprechen oder innovativer Planung verschieben. Sie ist eine physische und rechtliche Realität – und sie verschärft sich mit fortschreitender Klimakrise, nicht umgekehrt. Das macht dieses Argument zu einem anderen als alle übrigen: Es ist heute bereits mit hoher Sicherheit vorhersagbar, dass es sich nicht auflösen lässt.

Viele weitere offene Fragen – keine belastbaren Antworten

Jenseits dieses strukturellen Problems wirft die Bewerbung in zwei weiteren zentralen Dimensionen erhebliche Fragen auf, die bis heute nicht geklärt sind.

Sozial sind Fragen zur Entwicklung des Wohnungsmarkts in betroffenen Stadtteilen, zum Schutz einkommensschwacher Bevölkerungsgruppen und zur Sicherung der Würde obdachloser Menschen während Vorbereitung und Durchführung ungeklärt. Erfahrungen aus jüngeren Austragungsorten zeigen, dass diese Risiken real sind und konkreter Antworten bedürfen – nicht nur des guten Willens. Bei erwarteten rund zehn Millionen Besuchenden stellen sich zudem praktische Fragen zu Unterkunft, Infrastruktur und Lebensqualität der Hamburger Bevölkerung, auf die die Bewerbung bislang keine belastbaren Antworten liefert.

Wirtschaftlich ist das Gesamtfinanzrisiko für die Stadt nicht einschätzbar. Historisch liegen die Kostenrisiken bei Olympischen Spielen regelmäßig bei den Gastgeberstädten, während das IOC als private Organisation keine Haftung übernimmt. Verbindliche Kostengrenzen oder Ausstiegsklauseln wurden bislang nicht kommuniziert.

Offene Fragen zur Vertragsgestaltung mit dem IOC

Ein zentrales Anliegen des Zukunftsrats betrifft die Vertragsbedingungen mit dem Internationalen Olympischen Komitee. Wie wird Hamburg sicherstellen, dass ambitionierte Nachhaltigkeitsziele gegenüber dem IOC und seinen Sponsoren tatsächlich durchsetzbar sind? Welche verbindlichen Rücktrittskriterien gelten, wenn zentrale ökologische oder soziale Mindeststandards nicht eingehalten werden können? Welche Spielräume bestehen innerhalb des Vertragsrahmens für eine nachhaltige Gestaltung – etwa bei der Auswahl von Verpflegungspartnern, Mobilitätslösungen oder Baumaterialien? Und wie verhält sich das IOC-Sponsoringsystem, das globalen Konzernen exklusive Vermarktungsrechte einräumt, zu den Nachhaltigkeitsanforderungen des Hamburgischen Vergaberechts?

Diese Fragen betreffen die strukturelle Machbarkeit der zentralen Versprechen der Bewerbung. Belastbare, öffentlich zugängliche Antworten liegen bislang nicht vor.

Kritik am Prozess vor dem Referendum

Der Zukunftsrat sieht sich veranlasst, auch auf die Art und Weise hinzuweisen, wie die Öffentlichkeit bislang in diesen Prozess eingebunden wurde. Eine demokratische Abstimmung setzt voraus, dass die Bevölkerung ausgewogen und vollständig informiert wird. Daran bestehen begründete Zweifel.

Das für Hamburger Schulen entwickelte Informationsmaterial zur Olympiabewerbung stammt ausschließlich von der Stelle, die den Auftrag hat, die Bewerbung voranzutreiben. Kritische oder unabhängige Quellen fehlen. Mehr Demokratie Hamburg hat dies als Verstoß gegen den schulrechtlich normierten Beutelsbacher Konsens bewertet und prüft rechtliche Schritte. Auch die bisherigen Beteiligungsformate haben zwar Bürgernähe signalisiert – die eigentliche Grundsatzfrage jedoch, ob die Austragung Olympischer Spiele in ihrer heutigen Form den gesellschaftlichen Prioritäten Hamburgs entspricht, stand in keinem der Formate zur Debatte.

Erschwerend kommt hinzu, dass wesentliche Teile der inhaltlichen Nachhaltigkeitsplanung erst nach dem Referendum beginnen sollen. Die Bevölkerung wird gebeten, auf der Basis von Absichtserklärungen zu entscheiden – nicht auf der Basis überprüfbarer Fakten.

Unsere Empfehlung

Der Zukunftsrat Hamburg hat bereits 2015 sechs Mindestbedingungen formuliert, unter denen eine Olympia-Bewerbung aus Nachhaltigkeitssicht verantwortbar sein könnte. Zehn Jahre später sind diese Bedingungen nicht nachweislich erfüllt. Die aktuelle Bewerbung zeigt in einigen Bereichen erkennbare Fortschritte – kurze Wege, Fokus auf Kreislaufwirtschaft, nachhaltige Mobilität. Das wird anerkannt. Doch Absichtserklärungen sind keine Planungsgrundlage, und guter Wille ersetzt keine überprüfbaren Daten.

Nachhaltigkeit ist unteilbar. Sie umfasst ökologische Verantwortung ebenso wie soziale Gerechtigkeit, wirtschaftliche Vernunft und demokratische Integrität. In allen diesen Dimensionen sind wesentliche Fragen offen – und in einer davon ist die Antwort bereits heute mit hoher Sicherheit absehbar.

Auf Grundlage der heute vorliegenden Informationen empfehlen wir aus der Perspektive nachhaltiger Entwicklung beim Referendum am 31. Mai ein **Nein**.

Hamburg hat die Möglichkeit, Führung zu zeigen – nicht durch ein möglichst grün vermarktetes Megaevent, sondern durch den Mut, verfügbare Ressourcen konsequent und nachweisbar in eine zukunftsfähige Stadt zu investieren.

Der Zukunftsrat Hamburg ist das Netzwerk für nachhaltige Entwicklung in Hamburg. Diese Stellungnahme gibt die Position des Zukunftsrats als Netzwerk wieder. Sie basiert auf wissenschaftlicher Analyse und unserem langjährigen Engagement für eine zukunftsfähige Stadt. Wir vertreten keine Partei und keine wirtschaftlichen Interessen.

Pressekontakt:

Frank Schier | schier@zukunftsrat.de | +49 171 177 0 182

Anlagen: [Vollständige Stellungnahme \(PDF\)](#)